

## Kürzungen im BFI-Bereich schaden unserem Wohlstand



**MATTHIAS AEBISCHER, NATIONALRAT  
VORSTANDSMITGLIED POLITIKTEAM FUTURE**

Das Parlament hat im September die Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den nächsten vier Jahren mit gezielten Korrekturen, die nun im Budget und im Finanzplan zu übernehmen sind, verabschiedet. Auch wenn der Wachstumspfad bescheidener ausfällt als in früheren Perioden: Das Parlament hat sich dazu bekannt, dass ausreichende Investitionen in den BFI-Bereich für unser Land unverzichtbar sind.

Trotzdem präsentierte der Bundesrat ein Budget, welches die gezielten Korrekturen des Parlamentes nicht beinhaltete. Im Gegenteil, er sieht ab dem Jahr 2026 gar einschneidende Kürzungen im BFI-Bereich vor. Er orientierte sich dabei nicht am Willen der Volksvertreterinnen und -vertreter im Parlament, sondern übernahm ohne vertiefte Analyse die Vorschläge einer fünfköpfigen Expertenkommission ohne Legitimation.

Der im November veröffentlichte «Barometer Finanzpolitik», der die Präferenzen der Schweizer Bevölkerung zu Ausgabenkürzungen abbildet, hat nun gezeigt, dass eine Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer Sparmassnahmen im BFI-Bereich ablehnt. Auf die Frage, in welchem Bereich auf keinen Fall gespart werden dürfe, landete der BFI-Bereich mit 57% auf Platz 2 – nach der AHV. Bemerkenswert ist auch, dass es der BFI-Bereich bei den Angehörigen von fünf Parteien in die Top 3 geschafft hat.

Wir nehmen den Puls der Bevölkerung ernst. Unüberlegte Kürzungen bei Bildung, Forschung und Innovation schaden unserem Wohlstand und verhindern Zukunftschancen. Die Mehrheit will das nicht.

## S. 2

### VORANSCHLAG UND FINANZPLAN

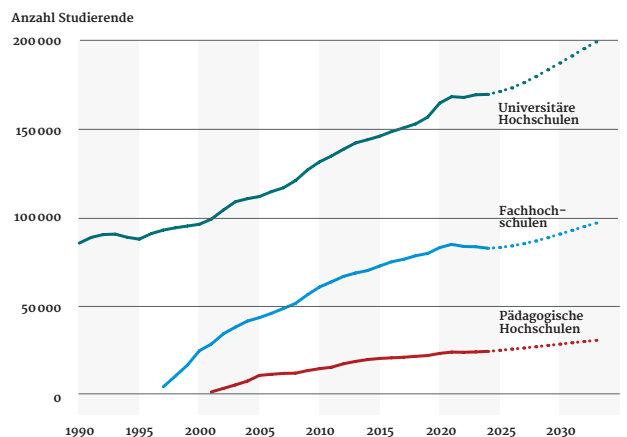
## Für ein Budget 2025 im Einklang mit dem Willen des Parlaments

Die eidgenössischen Räte entscheiden in der Winter-session über den Voranschlag 2025 und den Finanzplan 2026–2028. In einer angespannten Situation des Bundeshaushalts empfehlen die zuständigen Kommissionen in ihrer Mehrheit, die Investitionen im Bereich der Bildung, der Forschung und der Innovation (BFI-Bereich) nach oben zu korrigieren.

## S. 3

### FACTS & FIGURES

#### Entwicklung der Studierendenzahlen bis 2033



## S. 4

### HORIZON EUROPE

#### Partielle Aktivierung der Übergangsregelung 2025

### ENTLASTUNGSPAKET BUNDESHAUSHALT

#### Jährliche Kürzungen im BFI-Bereich von 500 Millionen Franken

### SWEETER

#### UREK-N hält an Harmonisierung mit BFI-Botschaft fest

### Impressum

Münstergasse 64/66, 3011 Bern / T +41 31 351 88 46  
info@netzwerk-future.ch, www.netzwerk-future.ch  
Wiederverwendung der Artikel unter Quellenangabe erlaubt. // © Netzwerk FUTURE 2024

## VORANSCHLAG UND FINANZPLAN

## Für ein Budget 2025 im Einklang mit dem Willen des Parlaments

Die eidgenössischen Räte entscheiden in der Wintersession über den Voranschlag 2025 und den Finanzplan 2026–2028. In einer angespannten Situation des Bundeshaushalts empfehlen die zuständigen Kommissionen in ihrer Mehrheit, die Investitionen im Bereich der Bildung, der Forschung und der Innovation (BFI-Bereich) nach oben zu korrigieren. Der Voranschlag 2025 und der Finanzplan 2026–2028 werden somit weitgehend mit der BFI-Botschaft 2025–2028 übereinstimmen. Kürzungsanträge bedrohen jedoch die Planungssicherheit der BFI-Organisationen.

Die eidgenössischen Räte beraten in der Wintersession den Voranschlag 2025 und den Finanzplan 2026–2028. Die finanzielle Situation ist angespannt: Der Bund kumuliert seit der Rechnung 2021 Defizite und erarbeitet derzeit ein Entlastungspaket für den Bundeshaushalt, das darauf abzielt, bis 2030 Ausgaben in der Höhe von 3,5 bis 4,5 Milliarden Franken einzusparen (siehe S. 4). Für das Budgetjahr 2025 sollte der BFI-Bereich dennoch von gezielten Aufstockungen in der Höhe von 30,95 Millionen Franken profitieren, von denen 15,1 Millionen innerhalb des Bereichs kompensiert werden. Diese Meinung vertreten knappe Mehrheiten der Finanzkommission des Nationalrates (FK-N) und ihrer Schwesterkommission im Ständerat (FK-S).

### VORANSCHLAG 2025 MIT INTEGRIERTEM AUFGABEN- UND FINANZPLAN 2026–2028

## Abstimmungsempfehlungen

Das Netzwerk FUTURE empfiehlt:

- Die Mehrheitsanträge der Finanzkommissionen, welche die Investitionen in Bildung, Forschung und Innovation nach oben korrigieren (inklusive der entsprechenden Kompensationen), zu unterstützen.
- Die Mehrheitsanträge der FK-N für Kürzungen bei der Finanzierung der Internationalen Mobilität Bildung sowie bei den Stipendien an ausländische Studierende abzulehnen.
- Die Minderheitsanträge der FK-N für Kürzungen beim Finanzierungsbeitrag an den ETH-Bereich sowie bei der Finanzierung der Institutionen der Forschungsförderung abzulehnen.

### Gezielte Korrekturen übernehmen

Nach Abschluss der Vorberatung schlagen beide Kommissionen vor, einen Grossteil der vom Parlament in der Herbstsession 2024 gefällten Beschlüsse im Voranschlag 2025 sowie im Finanzplan 2026–2028 zu übernehmen. Im September haben National- und Ständerat die Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2025–2028 (BFI-Botschaft 2025–2028) mit gezielten Korrekturen verabschiedet. Bei einem Teil der Korrekturen handelt es sich um Erhöhungen der Zahlungsrahmen für den ETH-Bereich und die Institutionen der Forschungsförderung um insgesamt 63,4 Millionen Franken. Weitere Korrekturen betreffen die kantonalen Hochschulen und die Berufsbildung, welche vollumfänglich kompensiert werden.

Konkret schlagen die Mehrheiten der beiden Finanzkommissionen im Voranschlag 2025 folgende Anpassungen vor:

- eine Erhöhung des Finanzierungsbeitrags an den ETH-Bereich um 12,5 Millionen Franken,
- eine Erhöhung der Finanzmittel für die Institutionen der Forschungsförderung um 3,35 Millionen Franken,
- eine Erhöhung der Grundbeiträge an die kantonalen Universitäten um 8,1 Millionen Franken und an die Fachhochschulen um 5,875 Millionen Franken (kompensiert),
- eine Erhöhung der Mittel für die Forschungseinrichtungen von nationaler Bedeutung um 1,125 Millionen Franken (kompensiert).

Auch für den Finanzplan 2026–2028 beantragen die Kommissionsmehrheiten die entsprechenden Anpassungen. Diese beinhalten zudem eine vollständig kompensierte Erhöhung der Pauschalbeiträge an die Kantone für die Berufsbildung.

### Drohende Kürzungen bei der internationalen Mobilität

Im Gegenzug schlägt eine Mehrheit der FK-N vor, im Budget 2025 die Kredite für Stipendien an ausländische Studierende in der Schweiz um 4,8 Millionen Franken und die Mittel für die internationalen Mobilitäts- und Kooperationsaktivitäten im Bildungsbereich um 2,6 Millionen Franken zu kürzen. Sie geht

noch weiter, indem sie die Beträge für die Mobilität im Finanzplan 2026–2028 einfriert. Diese Anträge entsprechen nicht den Entscheidungen, welche die eidgenössischen Räte in der Herbstsession 2024 im Rahmen der Beratung der BFI-Botschaft 2025–2028 getroffen haben. Diese Kürzungen würden die Mobilität der Studierenden wie auch die internationale Vernetzung der Schweizer Hochschulen stark einschränken.

#### Planungssicherheit gewährleisten

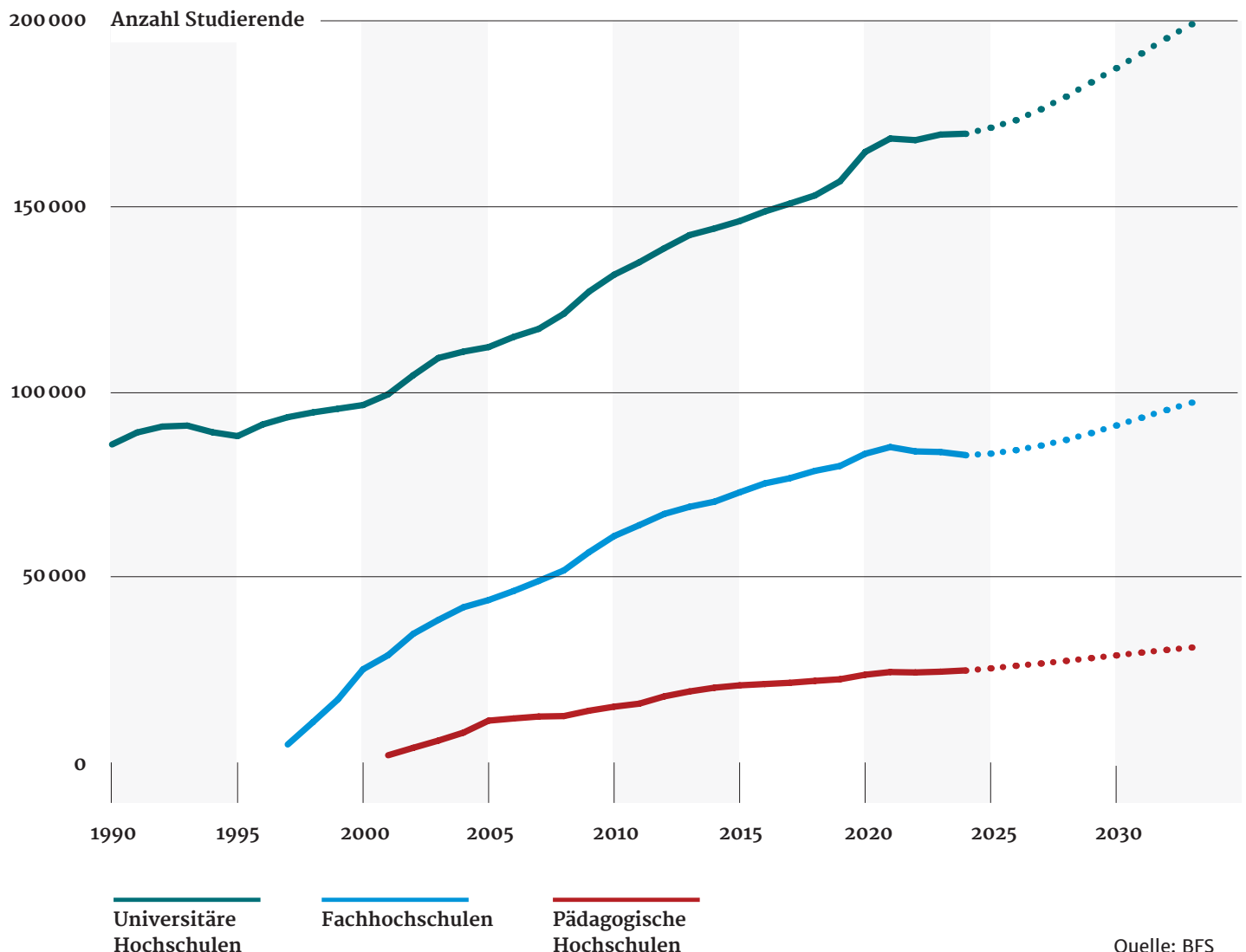
Im Weiteren schlagen Minderheiten der FK-N sowohl im Voranschlag 2025 als auch im Finanzplan 2026–2028 drastische Kürzungen des Finanzierungsbeitrags an den ETH-Bereich und des Bundesbeitrags an die Institutionen der Forschungsförderung vor. Solche Kürzungen würden den Parlamentsentscheidungen zur BFI-Botschaft 2025–2028 widersprechen und dem ETH-Bereich, dem Schweizerischen Nationalfonds und den Akademien der Wissenschaften Schweiz jegliche Planungssicherheit entziehen.

#### FACTS & FIGURES

## Starker Anstieg der Studierendenzahlen erwartet

Nach einer Phase der Stagnation zwischen 2021 und 2023 dürfte die Zahl der Studierenden in den nächsten zehn Jahren bei allen Hochschultypen stark ansteigen. Das Bundesamt für Statistik (BFS) rechnet gemäss Referenzszenario von 2025 bis 2033 mit einem deutlichen Wachstum von 18 Prozent über alle Hochschultypen hinweg. Entsprechend dürfte die Zahl der Studierenden von 276'000 im Jahr 2024 auf 326'000 im Jahr 2033 steigen. Unterteilt nach Hochschultypen prognostiziert das BFS bis 2033 einen Anstieg von 17 Prozent bei den universitären Hochschulen (UH) und den Fachhochschulen (FH). Bei den Pädagogischen Hochschulen (PH) rechnet es mit einem noch stärkeren Wachstum von bis zu 25 Prozent.

#### Entwicklung der Studierendenzahlen bis 2033 (Referenzszenario)



**HORIZON EUROPE**

## Partielle Aktivierung der Übergangsregelung 2025

In der Schweiz ansässige Forschende dürfen an Projektausschreibungen teilnehmen, die der Europäische Forschungsrat (ERC) für die Proof of Concept Grants 2025 veröffentlicht. Dies hat die Europäische Kommission mit Berufung auf die laufenden Verhandlungen mit der Schweiz im November 2024 entschieden. Im vergangenen Sommer hatte sie bereits die ERC-Ausschreibungen zu den Starting Grants 2025, den Consolidator Grants 2025 und den Synergy Grants 2025 für Schweizer Forschende geöffnet. Somit aktiviert die EU teilweise die Übergangsregelung 2025 für die Teilnahme der Schweiz am Rahmenprogramm der Europäischen Union für Forschung und Innovation «Horizon Europe». Schweizer Innovationsakteure können Kurzanträge auf die Ausschreibung des European Innovation Council (EIC) Accelerators 2025 einreichen (erste Phase). Eine vollständige Teilnahme in der zweiten Phase der Ausschreibung mit Frist vom 12. März 2025 hängt aber von einer Aktivierung der Übergangsregelung für den EIC Accelerator vor diesem Datum ab. Dies zudem mit genügend Vorlauf, damit die Schweizer Start-ups und KMU einen solchen umfassenden Antrag vorbereiten können. Solange die Schweiz nicht an «Horizon Europe» assoziiert ist, finanziert der Bund die Schweizer Beteiligungen.

**ENTLASTUNGSPAKET BUNDESHAUSHALT**

## Jährliche Kürzungen im BFI-Bereich von 500 Millionen Franken

Am 20. September 2024 hat der Bundesrat die Eckwerte seines Entlastungspaketes für den Bundeshaushalt vorgestellt. Die darin enthaltenen Massnahmen stützen sich auf die Empfehlungen des kürzlich veröffentlichten Berichts der Expertengruppe zur Aufgaben- und Subventionsüberprüfung. Der Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI-Bereich) ist von den vorgeschlagenen Massnahmen mit Kürzungen in der Höhe von rund 500 Millionen Franken pro Jahr betroffen. Der Bundesrat plant unter anderem, seinen finanziellen Beitrag an den ETH-Bereich sowie an die kantonalen Hochschulen zu kürzen. Er schlägt vor, dass die Hochschulen die Studiengebühren für Schweizer und ausländische Studierende erhöhen, um den Verlust an finanziellen Mitteln zu kompensieren. Ein weiterer Vorschlag zur Ausgabenkürzung, der die kantonalen Hochschulen betrifft, ist die Abschaffung der projektgebundenen Beiträge (PgB). Dies wirkt sich negativ auf Initiativen in den Bereichen Digitalisierung, wissenschaftlicher Nachwuchs,

Chancengerechtigkeit und Nachhaltigkeit sowie auf die Ausbildung von Ärztinnen und Ärzten aus. Im Weiteren sieht der Bundesrat vor, die Investitionen in die Forschungs- und Innovationsförderung um 10 Prozent zu kürzen. Auch die Berufsbildung und die Weiterbildung sind von den Kürzungen betroffen. Der Bundesrat plant, bis Ende Januar 2025 eine Vernehmlassung zu den beschlossenen Massnahmen zu eröffnen. Rund vierzig von ihnen erfordern Gesetzesänderungen, die der Bundesrat dem Parlament im Rahmen einer einzigen Vorlage (Mantelerlass) unterbreiten will. Weitere Massnahmen können im Rahmen des Bundeshaushalts bereits ab dem Voranschlag 2026 umgesetzt werden.

**SWEETER**

## UREK-N hält an Harmonisierung mit BFI-Botschaft fest

Die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Nationalrates (UREK-N) will den Zeitrahmen und die Höhe des Beitrags für das Förderinstrument SWEETER (Swiss Research for the Energy Transition and Emissions Reduction) mit der Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2025–2028 (BFI-Botschaft 2025–2028) harmonisieren. Sie spricht sich für eine Kreditperiode bis 2028 und einen Kredit in Höhe von 35,6 Millionen Franken aus. Der Entscheid fiel mit 13 zu 10 Stimmen bei einer Enthaltung. Eine Minderheit der UREK-N möchte am vom Bundesrat vorgeschlagenen Verpflichtungskredit für SWEETER in der Höhe von 106,8 Millionen Franken für die Jahre 2025–2036 festhalten. In der Herbstsession hatten sich die Räte nicht einigen können: Der Nationalrat hatte eine Harmonisierung der Laufzeit des Förderinstruments mit der BFI-Botschaft 2025–2028 und eine proportionale Reduktion der Fördermittel gefordert. Der Ständerat hingegen unterstützte die Vorlage des Bundesrates. Der Nationalrat wird das Geschäft am 12. Dezember 2024 erneut beraten.